Ausguck:

DAS MAGAZIN DER
CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
IM LAND RREMEN

Herzstück Innenstadt

FRAKTION ENTWIRFT NEUEN STADTKERN

Pressekonferenz im Leerstand auf der Obernstraße

KLIMAENQUETE TAGT IM STAHLWERK

Wie Bremen bis 2050 klimaneutral werden könnte

ABGEORDNETE BESUCHEN POLIZEIREVIERE

Das sagen Bremer Einsatzkräfte zum neuen Polizeigesetz



Inhalt
Aus dem Parlament

Ausguck:

3.2020

Aus dem Parlament

Brand in Moria	3
Ischa Freipaak!	3
Jobcenter nicht einsatzbereit	3



Was die Innenstadt wirklich braucht	4
Das Positionspapier als Stadtplan	5

Aus der Fraktion

Wie Bremen bis 2050 klimaneutral	
werden könnte	10
So geht es der Bremer Polizei	12

Interview

Drei	Fragen	an	Dr	Feliv	Matthes	11
ושוש	riageii	a 11	υı.	relix	Matthes	11







Brand in Moria



Die Sache ist:

Seit Jahren leben Tausende Flüchtlinge im extrem überlasteten Camp Moria auf Lesbos und warten auf Hilfe. In der Nacht des 16. September 2020 brennt das Camp, vermutlich haben es Bewohner aus Protest über die Zustände selbst angezündet. Tausende Menschen ziehen in der Folge in ein neues Lager um, die Probleme bleiben dieselben. Die EU findet keine Einigung über die Verteilung der Flüchtlinge, die nicht nur auf Lesbos leben. Bereits asylrechtlich anerkannte Flüchtlinge warten auch auf Griechenlands Festland auf eine Verteilung.

Die Meinung ist:

"Es sind nicht Griechenlands Flüchtlinge, es sind die Flüchtlinge der EU. Ein Einigungsversagen darf sich die EU nicht leisten, weil es allem widerspricht, wofür sie steht! Das Problem in den Debatten: Es ist und bleibt eine Zwickmühle zwischen dem "zuende Denken" und dem Einstreichen der "Moralprämie". Ich möchte, dass zuende gedacht wird. Dennoch - und das kann man in diesen Tagen nicht oft genug sagen – muss den Menschen von Moria jetzt geholfen werden. Wir streiten nicht über das "ob", sondern über das "wo und wie"! Und jede Minute Streit ist eine zu viel für einen geflohenen Menschen."

Ischa Freipaak!

Die Sache ist:

Anfang Juni hatte Carsten Meyer-Heder als wirtschaftspolitischer Sprecher einen Antrag in die Bürgerschaft eingereicht, nach gangbaren Lösungen für einen Aufbau des Freimarktes zu suchen. Nun gibt es sie: Als Freizeitpark über die doppelte zeitliche Länge und halbe räumliche Breite – als "Freipaak" für Familien, mit Einlasskontrolle und Alkoholverbot.

Die Meinung ist:

"Ich bin froh, dass es eine Lösung gibt und kann mich den Bedingungen gut anschließen. Ich hatte mir von Anfang an gewünscht, dass wir den Freimarkt durchführen, aber nicht um jeden Preis und immer angepasst an das Infektionsgeschehen zum jeweiligen Zeitpunkt. Das war auch immer das Ziel der Schausteller, die zwischendurch aber in den Verdacht gerieten, es ginge ihnen nur um Spaß und Alkohol. Der Senat hätte von Anfang an offener und ehrlicher kommunizieren müssen statt sie unnötig an den Pranger zu stellen."



Jobcenter nicht einsatzbereit

Die Sache ist:

Seit März 2020 ist das Jobcenter Bremen praktisch geschlossen, Service findet nur noch über Telefon und Internet statt, Beratung in Präsenz gibt es nur im Notfall. Warum die Behörde nicht zum



Regelbetrieb zurückkehrt, kam nun am Rande einer Berichtsbitte der CDU-Fraktion zum Aktionsplan Alleinerziehende heraus. Dort antwortet der Senat: "Die Einladung von Kund*innen ist u.a. davon abhängig, wann die Beratungsbüros der Integrationsfachkräfte flächendeckend mit Hygieneschutzwändern ausgestattet werden können."

Die Meinung ist:

"Ernsthaft? Sechs Monate Pandemie und das Jobcenter kann nicht arbeiten während Aldi und Lidl ihre Plexiglaswände zwei Wochen nach Lockdown aufgestellt haben? Wenn die Regierung mit ihrem Betrieb überfordert ist, helfen wir natürlich. Wir treffen uns mit der neuen Geschäftsführung und bringen eine Hygieneschutzwand als Geschenk mit."

Was die Innenstadt wirklich braucht

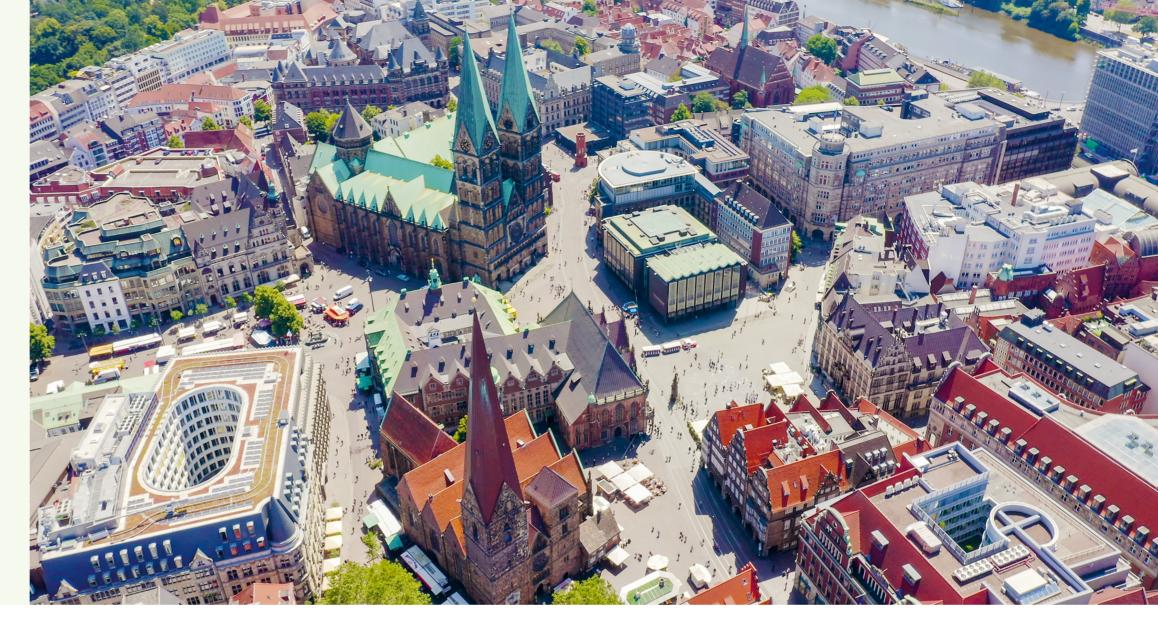
Die Bremer Innenstadt verändert sich rapide – nicht zum Guten. Das hat auch der Senat erkannt und ein Corona-Soforthilfeprogramm aufgelegt. Für Carsten Meyer-Heder und Heiko Strohmann geht das nicht weit genug. Sie haben einen eigenen Plan.

og. September 2020, 10 Uhr 54, Obernstraße. Eigentlich steht der Gerry Weber Store zwischen Lloydpassgage und Obernstraße seit Wochen leer. Drei Etagen feinste Fläche, edle Regale, schickes Licht. Ein Jammer um die 1a-Lage in Bremen. Aber heute ist das Erdgeschoss gut gefüllt.

Mit Kameras, Tonbandgeräten, Journalisten und Regierungssprechern, die wissen wollen, was die CDU-Fraktion plant. In dieser sinnbildlichen Atmosphäre stellen der wirtschaftspolitische Sprecher Carsten Meyer-Heder und der Sprecher für Stadtentwicklung Heiko Strohmann das Positionspapier "Für eine lebendige und grüne Innenstadt" vor.

Mehr Wohnen ermöglichen

"Wir haben schon lange Probleme in der Bremer Innenstadt und Herausforderungen für den Einzelhandel generell – Corona verschlimmert das Ganze natürlich", eröffnet Meyer-Heder die









Tolle Kulisse, traurige Wahrheit: Wie so viele Geschäfte in der Obernstraße musste auch der Gerry Weber Store schließen - ein sinnhildlicher Rahmen für eine Pressekonferenz

Pressekonferenz. Und schickt voraus: "Der Einzelhandel allein wird unsere Innenstadt nicht am Leben halten. Wir brauchen eine gute Mischung aus Wohnen, Einkaufen, mehr Aufenthaltsqualität und Gewerbeflächen."

Domshof und Domsheide seien zig Mal zur Chefsache erklärt worden, meint der wirtschaftspolitische Sprecher, immer wieder aber müsse er feststellen: "Es passiert nichts!" Sicherheit und Sauberkeit, die nun im Corona-Notfallplan des Senats im Fokus stehen, seien für ihn selbstverständliche Regierungsaufgabe. Und dass man Millionen für die Einführung von WLAN ausgeben will, während die 5G-Technologie vor der Tür steht, sei Unsinn. "Das ist sogar mir klar", sagt Heiko Strohmann, "und ich bin nicht der Digitalisierungsexperte von uns beiden."

Investoren willkommen heißen

Chefsache müsse sie also bleiben, die Innenstadt. Aber es muss jetzt etwas passieren. "Wir brauchen einen Ansprechpartner, der die vielen Akteure jederzeit zusammenführen und die Informationen bündeln kann, die momentan unkoordiniert aneinander vorbeilaufen – einen Innenstadtmanager", fordert Meyer-Heder. "Und wir brauchen eine Willkommenskultur für Investoren!" Aus eigenen Mitteln werde man die Revitalisie-

rung der City nicht bezahlen können. "Aber im schlimmsten Fall wollen Investoren eben Geld verdienen, und damit das zusammengeht, braucht es eine andere Haltung im Senat."

Heiko Strohmann als Sprecher für Stadtentwicklung sieht das genauso und plädiert vor allem dafür, die Innenstadt endlich an die Spitze der Tagesordnung zu heben. Bereits 2012 und 2015 hatte die CDU-Fraktion eigene Positionspapiere zur Innenstadt vorgelegt. "Damals hätte man die vielen Gelder, die vorhanden waren, nutzen können und wäre heute viel weiter", meint er. "Aber jetzt hilft es nichts: Die Schulden, die wir heute machen müssen, werden kein Vergleich zu den Verlusten sein, die wir einfahren, wenn wir sie nicht aufnehmen."





Martinistraße

-Schlachte

Parkhaus am Brill

Am Wall

Parkhaus Pressehaus

Wall



Der Wall und die Martinistraße bilden den Ringschluss für Fahrrad- und Autofahrer um die Innenstadt. Der Wall wird zur Flaniermeile umgestaltet, indem der einspurige Verkehr vom Polizeirevier in Richtung Herdentor auf der Parkseite verläuft. Die andere Spur wird zur beidseitig befahrbaren Fahrradstraße.

Knochenhauerstraße



Wir wollen mehr Atmosphäre durch grüne Zonen schaffen. Eine erste wird die Knochenhauerstraße bilden, die als Durchfahrtsstraße nicht mehr benötigt wird, sobald das Parkhaus Mitte abgerissen ist. Dadurch ergeben sich weitere Laufwege, die Besucherinnen und Besucher bessere Rundgänge ermöglichen.



Mehr Wohnen



Mehr Wohnraum ist die Voraussetzung dafür, die Innenstadt zu beleben und Abendgastronomie, Freizeit- und Kulturangeboten eine Chance zu geben. Dazu müssen Gebäude von der reinen Einzelhandels- in Mischnutzungen übergehen. Außerdem bietet sich das Stephaniviertel als Wohnquartier für Studentinnen und Studenten an. Und wenn wir das Sparkassengelände entwickeln, können wir als städtebauliches Ziel gleich die Verbindung zwischen Stephaniviertel und Innenstadt schaffen.

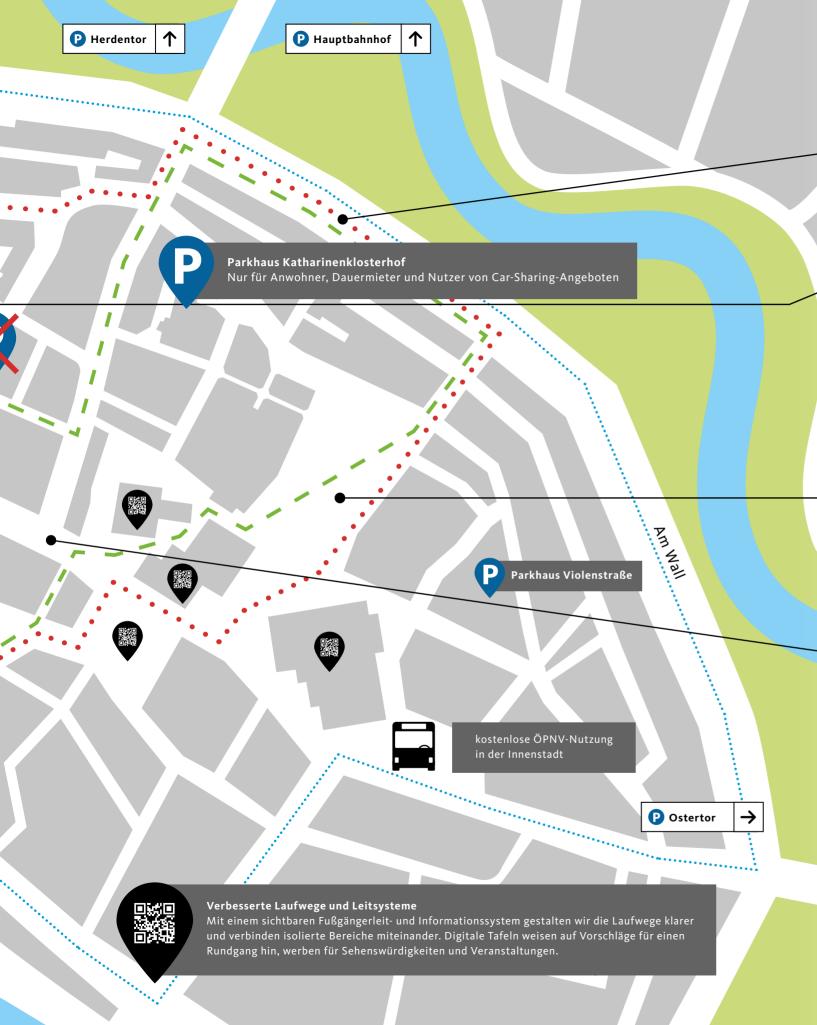
Leuchtturmprojekte



Um Einheimischen wie Besuchern städtebauliche Highlights zu präsentieren, braucht es Leuchtturmprojekte. Wir halten fest an der von Carsten Meyer-Heder vorgeschlagenen Seilbahn, um die Weser und unsere Stadt am Fluss endlich gebührend in Szene zu setzen.

Martinistraße

Wir verengen die Fahrbahnen auf jeweils eine Spur in beide Richtungen, gerahmt durch breite Fahrradrouten. Die Gehwege werden zu Flaniermeilen auf beiden Seiten, sodass Einzelhandel und Gastronomie einziehen. So werden auch Stadt und Schlachte endlich verbunden.



Die Baustelle



Wir werden eine Zeit lang mit Baustellen leben müssen. Aber das nutzen wir, denn: Baustellen sind Attraktionen! Wir stellen den Skyliner auf – die höchste mobile Aussichtsplattform der Welt. So können alle am Fortschritt unserer Stadt teilhaben und Feste in ganz neuem Ambiente feiern.

Domshof



Der Domshof muss gemütlicher werden und zum Verweilen einladen. Wir bauen einen Spielplatz und Sitzmöglichkeiten, um Eltern und Großeltern einen Bummel zu ermöglichen, bei dem sich auch die Kinder wohlfühlen. Den Marktbetreibern räumen wir mehr Platz und teilmobile Stände ein, damit sie Imbisse anbieten und ihr Angebot auf den Nachmittag ausweiten können.

Obernstraße

City-Galerie



Der Abriss des Parkhauses Mitte schien lange kurz be-

vor zu stehen und auch das Galeria Kaufhof-Gebäude

sollte frei werden. Aktuell konnten sich die Investoren

aber nicht einigen, sodass das gesamte Ensemble bis

auf Weiteres wohl nicht abgerissen werden kann. Das

aber sollte das Ziel bleiben, um den Innenstadtkern

städtebaulich neu ordnen zu können. Neben Flächen für den Einzelhandel wollen wir Flächen für Freizeitaktivitäten, Kultur, Hochschule, Pflegeheime, Kita, Schule oder Wohnungen schaffen – am besten in einem neuen, architektonischen Highlight für Bremen.

Die Straßenbahnrouten werden von der Obernstraße auf die Westerstraße verlegt. So schaffen wir Platz für eine parkähnliche Atmosphäre mit Blumeninseln, Sandplätzen, Bäumen und Sitzgelegenheiten. Für mehr Aufenthalts- und Wohnqualität, damit mehr besondere Einzelhändler und Bewohner in die Innenstadt ziehen.

Wie Bremen bis 2050 klimaneutral werden könnte

Es ist eine Mammutaufgabe, die sich die CDU-Fraktion im Einklang mit den anderen Bürgerschaftsfraktionen gesetzt hat: Die Enquete-Kommission unter CDU-Führung muss herausfinden, wie das Land den Klimaschutz wirksam umsetzen kann. In Bremen hat das viel mit Stahl zu tun.

"Das war eine der wichtigsten Sitzungen", sagt Martin Michalik, Vorsitzender der Enquete-Kommission für den Klimaschutz im Land Bremen und umweltpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion Mitte September. Die Enquete hatte gerade in den Räumlichkeiten der Stahlwerke Bremen getagt – kein zufällig gewählter Ort.

Geht es um den von der Industrie verursachten Ausstoß von Kohlenstoffdioxid, liegt das Stahlwerk mit rund vier Millionen Tonnen (Stand 2017) an erster Stelle. Klar, dass gerade hier geprüft wird, wie dekarbonisiert, also kohlenstoffhaltige Emissionen reduziert werden können. "Wenn wir Klimaneutralität erreichen wollen, müssen wir auf regenerative Energien umstellen", sagt Michalik. "Deshalb ist es so wichtig, Experten, Unternehmer und Politik an einen Tisch zu bekommen und herauszufinden, wie ein realistischer Weg zu grünem Stahl in Bremen beschritten werden kann."

Kaffee und Bier emittieren mehr als Autoindustrie

Überraschend: Auf Platz 2 direkt nach der Stahlindustrie steht im verarbeitenden Gewerbe die Nahrungsmittelbranche mit 132.000 Tonnen CO2-Ausstoß (Stand 2017). Kaffeeröstereien und Brauereien tragen hier die größte Last. "Das hat einen einfachen Grund: Zur Herstellung und Veredelung von Lebensmitteln wird viel Strom und Wärme benötigt, das ist sehr CO2 intensiv", erklärt Michalik. "Aber egal wo: Wir müssen für jeden Sektor eine Lösung finden.



Martin Michalik Klimapolitischer Sprecher und Vorsitzender der Enquete

Die Hoffnung liegt auf vier Strategien

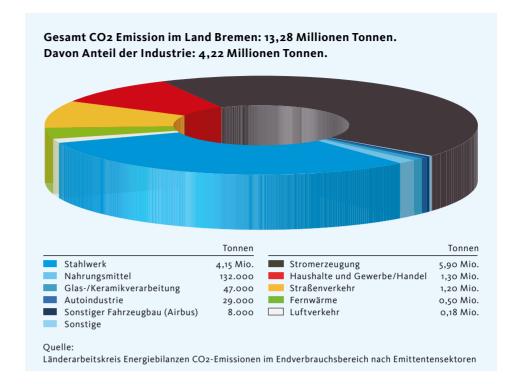
Im Kern setzen Politik und Experten daher auf vier Strategien, mit denen die Dekarbonisierung gelingen kann. Erstens: eine effizientere Energienutzung. Isolierungen, effizientere Brenner und die Nutzung von Abwärme tragen viel dazu bei. Zweitens: Abfallbiomasse, die besonders in der Nahrungsmittelindustrie stark anfällt und direkt genutzt werden kann. Die dritte Strategie ist die Elektrifizierung: Möglichst viele Produktionsprozesse werden mit Energie aus Strom umgestellt, der zunehmend und zukünftig vollständig aus erneuerbaren Energien kommt. Und viertens: Wärmeprozesse werden an die Fernwärme angeschlossen. Denn auch Fernwärme kann, ähnlich wie Strom, aus regenerativen Quellen bezogen werden.

Mehr politische Unterstützung gegen "dreckigen"

"Wenn wir diese vier Strategien kombinieren, könnten wir einen immensen Beitrag zur Dekarbonisierung im Industriesektor leisten", so Michalik. "Aber für Bremen mit dem besonderen Sektor der Stahlproduktion kommt noch ein fünftes Element hinzu: Die Nutzung von Wasserstoff." Für diese Transformation benötige das Bremer Stahlwerk mehr politische Unterstützung, meint Michalik. "Wir müssen rund 4.000 Arbeitsplätze erhalten und gleichzeitig die industriellen Kompetenzen in der Stahlfertigung. Das geht nur, wenn es faire Wettbewerbsbedingungen auf dem internationalen Stahlmarkt gibt. Grüner Stahl darf gegenüber dreckigem, importierten Stahl nicht im Nachteil sein", fordert der CDU-Klimaexperte.

"Wir müssen dicke Leitungen legen"

Um die Verteuerung für fossile Energien, die CO2-Bepreisung und Klimazölle - sogenannte CO2-Grenzausgleichsmaßnahmen – auf importierten Stahl kümmern sich die EU-Kommission und die Bundesregierung bereits. "Ich erwarte, dass sich der rot-grün-rote Senat in Berlin und Brüssel für die Belange unseres Stahlwerkes einsetzt", sagt Martin Michalik. "Wir müssen dicke Leitungen legen, um Wasserstoff und grünen Strom zu nutzen. Der Senat muss jetzt anfangen, die Voraussetzungen zu schaffen, Genehmigungen zu erteilen und eine Roadmap für die Transformation zu erstellen." Sonst würde Bremen die vereinbarten Klimaziele und Null-Emissionen bis spätestens 2050 nicht erreichen können.



Interview



Dr. Felix Matthes ist einer von drei von der CDU-Fraktion benannten Experten für die Klima-Enquete. Der Elektroingenieur und Politikwissenschaftler koordiniert am Öko-Institut in Berlin die Forschung zur Energieund Klimanolitik

Drei Milliarden Euro soll die Umrüstung des Stahlwerkes auf Wasserstoff kosten. Zu viel für Bremen?

Allein ja. Aber es ist ein schrittweiser Prozess und Bundesregierung und EU bezuschussen derzeit sehr viel. Und die Leitungen kommen vom Netzbetreiber. Bremen aber muss für Genehmigungen sorgen, Planungen auf den Weg bringen und sich um Fördersummen bemühen. Das ist ein Wettlauf mit anderen Bundesländern, den Bremen gewinnen muss.

Warum?

Bremen hat derzeit wenig Standortvorteile. In Verbindung mit den Daimler-Werken wäre dies ein ganz großer. Das Auto der Zukunft ist aus grünem Stahl gebaut.

Aber zahlt sich das aus?

Wir müssen wettbewerbsfähig bleiben können. Der neue grüne Stahl muss einen Preis bekommen. Daran arbeitet die Europäische Kommission, zum Beispiel mit den Grenzausgleichsmaßnahmen: Wenn man dreckig hergestellten Stahl in die EU importieren will, gibt es darauf einen extra Zoll. Aber ja, wir reden hier von ein bis drei Jahrzehnten. Das klingt lang, ist es aber nicht.

Ausguck:

christdemokratisch hanseatisch unterhaltsam

Ein Magazin der CDU Bürgerschaftsfraktion im Land Bremen

Am Wall 135 · 28195 Bremen T. 04 21 - 30 89 4 - 0 F. 04 21 - 30 89 4 - 44

Verantwortlich für den Inhalt (V.i.S.d.P.):

Alexa von Busse (Pressesprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion)

Erscheinungsweise:

4 Ausgaben jährlich

Auflage:

4.700 Exemplare

Art-Director:

Michael Swakowski

Fotos:

Claudia Grabowski, CDU-Bürgerschaftsfraktion, Stadt Schwäbisch Gmünd, Shutterstock, Bremische Bürgerschaft, Dr. Felix Matthes

Michael Swakowski

Texte:

Alexa von Busse

Druck:

BerlinDruck GmbH + Co KG, Achim Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung bedarf der Zustimmung des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

CDU-Fraktion Land Bremen

Twitt er:

twitter.com/CDUFraktionHB

77648 Postvertriebsstück

Deutsche Post

Entgelt bezahlt

Ausguck:

CDU Bürgerschaftsfraktion Am Wall 135 28195 Bremen

Aus der Fraktion

So geht es der Bremer Polizei

Das neue Polizeigesetz der Koalition treibt die Rechtsexperten des Landes um. Zeit, dass wir uns umhören. Was sagen die Beamtinnen und Beamten dazu? Die Abgeordneten und Deputierten der CDU-Fraktion haben die Sommerpause genutzt und nehmen viele Erkenntnisse mit in ihre Arbeit.

"Von Personaldefiziten und fehlender Wertschätzung haben wir besonders viel gehört", fasst Marco Lübke seine Besuche zusammen. Der innenpolitische Sprecher ist selbst Polizeibeamter und weiß, wovon er spricht. Lübke und 16 weitere Abgeordnete und Deputierte haben in insgesamt 18 Wachen den Einsatzkräften der Bremer Polizei vor allem erst einmal zugehört.



Besuch auf der Wache Osterholz: Dr. Thomas vom Bruch, Marco Lübke und Claas Rohmeyer (v.l.) und die Diensthabenden nach einem aufschlussreichen Gespräch

Anlass für die Sommertour durch Bremen und Bremerhaven war der Entwurf des neuen rot-grünroten Polizeigesetzes. Auch wenn die Beamtinnen und Beamten aus Loyalität dem Dienstherrn gegenüber nicht immer offen sprechen wollten, wurde eins deutlich: Praktikabel werden die Vorgaben

nicht sein, rechtlich sind sie umstritten und gerade in Bremen fragt man sich, warum man trotz guter Arbeit unter misstrauende Beobachtung gestellt werde.



Neben den grundsätzlichen Fragen nahmen die Abgeordneten aber auch Details aus der täglichen Arbeit auf. Viele Einsatzkräfte wünschen sich eine flächendeckende Einführung von Tasern und Bodycams. Diese scheiterten laut Vorgesetzten an den Kosten. Um Zeit und damit Kosten zu sparen, wünsche man sich einen Zentralgewahrsam. Derzeit stehe man an einzelnen Wachen teilweise stundenlang wegen einer einzigen alkoholisierten Person in der Warteschlange.

Ganz banale Themen seien dagegen, dass viele Computerprogramme nicht kompatibel seien und so die Abstimmung erschwerten. Und es gäbe keine Systeme für Streifenwagen, die das Abfragen und Einpflegen von Daten direkt möglich machten. In anderen Bundesländern gehe das.

Ein praktischer Hinweis, der direkt in das Positionspapier zur Innenstadtentwicklung einfloss, kam schließlich auch noch zur Sprache: Wenn der Wall künftig Einbahnstraße werden soll, darf er nur in Richtung Hauptbahnhof führen. Denn: Hierher werden die Einsatzkräfte am häufigsten gerufen und die Schleife über das Viertel würde einen schnellen Einsatz unmöglich machen. "Das war ein schöner Beleg dafür, dass jedes Gespräch wichtig für das große Ganze ist", meint Marco Lübke.